

Aktionsplan zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung für Thüringen

Die erste eigenständige Regierungserklärung zum Thema „Armut bekämpfen - Armutsprävention stärken“, dazu hatten die Koalitionsfraktionen auch einen Antrag vorgelegt, stand im Mittelpunkt der Landtagssitzung am 4. Mai. „Keine Landesregierung zuvor hat dies getan“, betonte die Sozialpolitikerin der Linksfraction, Karola Stange, in ihrer Rede.

Sozialministerin Heike Werner (LINKE) hatte auf die bedrückenden Fakten verwiesen: Mehr als 350.000 Menschen in Thüringen leben an oder

unterhalb der Armutsgrenze. Fast 50.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften des SGB II, das sind mehr als 15 Prozent aller. Regional ist die Situation sehr unterschiedlich: Am höchsten ist der Anteil in Gera mit ca. 26 Prozent der unter 18-jährigen, am niedrigsten in den Landkreisen Eichsfeld und Hildburghausen mit unter neun Prozent der unter 18-jährigen.

Mit Blick auf den Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ forderte Karola Stange eine Aufarbeitung der Ergebnisse „so konkret wie möglich auf die Situation

in Thüringen bezogen“. Verbunden mit den Inhalten der Regierungserklärung wird es eine ausführliche Anhörung im Sozial-, im Bildungs- und im Gleichstellungsausschuss des Landtags geben. Die LINKE-Abgeordnete weiter: „Dies sollte mit dem Ziel geschehen, die Umsetzung des Forderungskataloges des Koalitionsantrages voran zu treiben und einen Aktionsplan Armutsprävention und Armutsbekämpfung für Thüringen zu erarbeiten und umzusetzen. Mit einer solchen Forderung ist die Thüringer LINKE nicht allein. Denn mit Blick auf den Beschluss des Armuts- und

Reichtumsberichts forderte der Bundesverband der Parität in einer Pressemitteilung ein ‘steuer- und sozialpolitisches Gesamtkonzept’.“

Die Kinder- und Jugendpolitikerin der Linksfraction, Kati Engel, nannte das Bildungs- und Teilhabepaket, das zur Förderung von Kindern aus Hartz-IV-Familien aufgelegt wurde, ein „bürokratisches Monstrum“. Und es sei „höchst fahrlässig“, dass Kindergeld und Unterhaltsvorschuss auf die Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden. Die LINKE setze sich für eine „eigene Kindergrundsicherung für alle“.



Unterstützung für das außerparlamentarische Bündnis

Großen Zuspruch fand das auf Einladung der Linksfraction und ihrer Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow erfolgte Treffen des außerparlamentarischen Bündnisses für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen. „Wir sind uns mit dem Bündnis einig, dass noch in diesem Jahr das Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht werden muss“, unterstrich Karola Stange, Gleichstellungspolitiklerin der Thüringer Linksfraction. Die Abgeordnete sicherte den Vereinen und Verbänden auch Unterstützung bei der notwendigen intensiveren Vernetzung und Koordination zu.

Zwei Seiten der gleichen Medaille

61 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer, also fast zwei Drittel, waren im vergangenen Jahr der Ansicht, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist. Denjenigen Menschen in unserem Land, die den Verlust sozialer Grundgewissheiten befürchten, das Vertrauen in den sozialen Zusammenhalt zurückzugeben, ist das Ziel dieser Landesregierung und meine Aufgabe als Arbeits- und Sozialministerin.

Wichtige Entscheidungen werden auf Bundesebene getroffen. Diese Landesregierung nimmt über den Bundesrat aktiv Einfluss auf die Sozial- und Rentengesetzgebung des Bundes. Nicht immer sind wir so erfolgreich, wie wir es uns wünschen. Deshalb ist es keineswegs belanglos, wie die künftige Bundesregierung zusammengesetzt ist. Ich wünsche mir eine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag und eine Bundesregierung, bei der viele unserer Ände-

rungsanträge, die wir heute im Bundesrat stellen müssen, deshalb entfallen, weil die Gesetzesvorhaben bereits den politischen Zielen unserer Koalition und Landesregierung entsprechen.

Es ist eine Frage der Ehrlichkeit und politische Notwendigkeit, die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land anzusprechen, gerade weil es ehrlich und notwendig ist, Armut nicht zu verschweigen. Beides sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die zum Teil skandalöse Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen geht über die Frage sozialer Gerechtigkeit weit hinaus und berührt die Funktionsweise unserer Demokratie.

Aus der Regierungserklärung der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE), zur Landtagssitzung am 4. Mai

FRAKTION IN AKTION

Thüringer Transparenzgesetz auf dem Weg

Die Linksfraction im Landtag unterstützt die Forderung des Informationsfreiheitsbeauftragten, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Transparenzgesetz für Thüringen fortzuentwickeln. „Transparenz staatlicher Behörden ist eine der Voraussetzungen, demokratisches Engagement und politische Teilhabe zu stärken“, sagte MdL Steffen Dittes. Dazu soll noch vor der Sommerpause ein erster Vorschlag der Landesregierung vorgelegt werden, damit dieser gemeinsam von Abgeordneten, interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Experten diskutiert werden kann. Rot-Rot-Grün hat die Landesregierung beauftragt, sich bei der Entwicklung auch an den Transparenzgesetzen von Hamburg und Rheinland-Pfalz sowie am Vorschlag des Thüringer Informationsfreiheitsbeauftrag-

ten zu orientieren. Der gerade von ihm vorgelegte Tätigkeitsbericht verdeutlicht, warum die bisherige Rechtslage nicht ausreichend ist und Thüringen eine moderne Verwaltung braucht, die Informationen kostenlos, mit deutlich weniger Ausnahmen und proaktiv über ein Transparenzregister zur Verfügung stellt. „Thüringen soll auf dem Gebiet der Informationsfreiheit in der obersten Liga mitspielen“, betonte Steffen Dittes und erinnerte daran, dass der Freistaat beim bundesweiten Ranking mit Baden-Württemberg und dem Saarland auf dem letzten Platz sämtlicher Länder mit gesetzlichen Regelungen zur Informationsfreiheit gelandet ist. Der Abgeordnete bekräftigte den erforderlichen Paradigmenwechsel hin zu einer Kultur der Offenheit und Partizipation.



Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ lädt die Linksfraction regelmäßig zum Bürgerdialog ein. Vor dem Hintergrund der Halbzeit-Bilanz von Rot-Rot-Grün in Thüringen sowie mit Blick auf die aktuellen und künftigen Aufgaben stehen dabei solche Themen, wie Bildung, Sicherheit, Energie und Gebietsreform im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. „Wir nehmen die Anregungen, Fragen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger auf, diskutieren sie und gehen die Probleme schnellstmöglich an“, betonte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow.